

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 21.04.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Burg Querfurt, Burgcafe,  
Burgring,  
06268 Querfurt

**Zeit:** 15:05 Uhr bis 17:05 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	anwesend ab 15:47 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünsch	CDU	i.V. für Herrn Bönisch bis 15:47 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	i.V. für Herrn Dr. Meerheim
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	i.V. für Frau Nagel
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	anwesend ab 16:00 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 9. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Der Burgmanager der Burg Querfurt begrüßte die Hauptausschussmitglieder der Stadt Halle auf der Burg Querfurt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankte sich bei diesem, dass die Stadt Halle vor der gemeinsamen Sitzung mit dem Kreisausschuss des Saalekreises ihre ordentliche Hauptausschusssitzung auf der Burg Querfurt durchführen könne.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1      Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08433

TOP 5.1.1    Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)  
Vorlage: V/2009/08518

Die Vorlage und der Änderungsantrag wurden in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften per Geschäftsordnungsantrag bis September 2010 vertagt.

TOP 5.2      Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft  
Vorlage: V/2010/08752  
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.1      Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle  
Vorlage: V/2010/08630

TOP 6.1.1    Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08668

TOP 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer: V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08670

TOP 6.1.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion  
Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)  
Vorlage: V/2010/08735

Der Antrag und die Änderungsanträge wurden in der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 13.04.2010 vertagt.

TOP 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit  
Vorlage: V/2009/08342

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zurückgestellt und soll mit Einbringung der Beschlussvorlage zu dieser Thematik beraten werden.

TOP 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit (Vorlage V/2009/08342)  
Vorlage: V/2009/08390

Der Änderungsantrag wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.04.2010 im Einverständnis mit dem Antragsteller für erledigt erklärt.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich zum TOP 5.1 und fragte, ob die Vertagung bis September und die Erarbeitung einer neuen Vorlage auch im Sinne der Verwaltung gewesen sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass ihres Erachtens eine gut durchdachte Vorlage seitens der Verwaltung vorgelegt wurde. Aufgrund der Diskussionen in den zuständigen Fachausschüssen und dem Nichtzustandekommen von Mehrheiten sei die Verwaltung nunmehr gehalten, mit den Fraktionen nach einer Kompromisslösung zu suchen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, gab den Diskussionsverlauf der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wieder und informierte über die Änderungswünsche der Fraktionen.

Hinsichtlich des TOP 6.2 erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung dahin gehend eine Beschlussvorlage in den Stadtrat einbringen werde, worin das Ergebnis der Arbeitsgruppe vollständig berücksichtigt werde. In Anbetracht dessen mache eigentlich eine Abstimmung im Stadtrat keinen Sinn, deswegen werde sie im Stadtrat den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des ursprünglichen Antrages zu TOP 6.2 einbringen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass der Antrag seitens seiner Fraktion modifiziert wurde und lediglich eine grundsätzliche Willensbekundung des Stadtrates beinhalte. Die Vorlage der Verwaltung ziehe dann die Details zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses nach sich. Aus diesem Grund wäre die Behandlung und Abstimmung des Antrages problemlos möglich.

Daraufhin entstand eine kurze Diskussion zwischen **Verwaltung, Herrn Wehrich, Herrn Wolter** sowie **Herrn Lange**.

Die **Verwaltung** stellte nochmals dar, weshalb aus ihrer Sicht der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als erledigt zu betrachten sei. Aufgrund des ursprünglich eingebrachten Antrages wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, in der alle Fraktionen vertreten waren. Im Ergebnis der Beratungen werde die Verwaltung eine Vorlage einbringen, in der die Festlegungen aus der Arbeitsgruppe berücksichtigt werden.

Im Nachgang an die Beratungen der Arbeitsgruppe wurde der Antrag seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN modifiziert und wäre nun deckungsgleich mit dem Ergebnis der Arbeitsgruppe sowie des Beschlussvorschlages der Verwaltung.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, und **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, schlossen sich den Ausführungen von Herrn Wehrich an und erläuterten die Gründe dafür, weshalb ihres Erachtens über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt werden könne.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                      zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.03.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 *Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*  
*Vorlage: V/2009/08433* *vertagt*

- 5.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage 'Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)' (Vorlagen-Nummer: V/2009/08433)*  
*Vorlage: V/2009/08518* vertagt
- 5.2 *Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft*  
*Vorlage: V/2010/08752* abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Eingemeindung nach Halle*  
*Vorlage: V/2010/08630* vertagt
- 6.1.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)*  
*Vorlage: V/2010/08668* vertagt
- 6.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Fraktion: Eingemeindung nach Halle (Vorlagen-Nummer: V/2010/08630)*  
*Vorlage: V/2010/08670* vertagt
- 6.1.3 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)*  
*Vorlage: V/2010/08735* vertagt
- 6.2 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit*  
*Vorlage: V/2009/08342* zurückgestellt
- 6.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der 'papierlosen' Stadtratsarbeit (Vorlage V/2009/08342)*  
*Vorlage: V/2009/08390* erledigt
- 6.3 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenzsteigerung und Verbesserung der Stadtratsarbeit*  
*Vorlage: V/2009/08246*
- 6.4 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung*  
*Vorlage: V/2010/08560*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 *Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II*
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2010**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2010.**

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 17.03.2010 gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 17.03.2010 gefassten Beschluss:

#### zu 3.1 **Ernennung Amtsleiter Grünflächenamt** **Vorlage: V/2009/08539**

##### Beschluss:

**Der Hauptausschuss stimmt der Ernennung von Herrn Udo Rost zum Amtsleiter des Grünflächenamtes zu.**

### zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

#### zu 6.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenzsteigerung und Verbesserung der Stadtratsarbeit** **Vorlage: V/2009/08246**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte darüber, dass der Antrag seitens der Antragsteller modifiziert wurde und den Hauptausschussmitgliedern vorliege. Darüber hinaus schlug sie folgende Änderung im Beschlusspunkt 3 vor:

3. ...  
Mindestens aber müssen rückwirkende Änderungen oder Löschungen den Nutzern angezeigt werden. Auch mit der Einladung verschickte, aber später zurückgezogene Vorlagen verbleiben im System. **Hier erfolgt dann eine entsprechende Kennzeichnung über den Status der Vorlage.**

...

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gab bekannt, dass seine Fraktion den Änderungsvorschlag der Oberbürgermeisterin übernehmen werde.

Anschließend bedankte sich **Herr Wehrich** bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit zu dieser Thematik. Es wurde gemeinsam an den Schwachpunkten gearbeitet und über Verbesserungen nachgedacht. Im Ergebnis dessen konnte mit dem modifizierten Antrag seiner Fraktion ein transparenter Kompromissvorschlag erarbeitet werden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER - NEUES FORUM**, fragte, weshalb die Sitzungen der Beigeordnetenkonferenz nicht in das Ratsinformationssystem öffentlich eingestellt werden. Dies wäre ebenfalls eine Frage der guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass die Fraktionen die Informationen aus der Beigeordnetenkonferenz in Form von Beschluss- bzw. Informationsvorlagen erhalten. Diese werden dort abschließend beraten und für die Stadtratssitzungen aufgearbeitet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

#### **modifizierter Beschlussvorschlag:**

1. *Im Protokoll bzw. dem zugehörigen Eintrag einer Sitzung des Stadtrats oder seiner Ausschüsse im Ratsinformationssystem Session müssen alle Informationen, die Gegenstand der Sitzung waren, verfügbar sein.*

*Sämtliche für die Stadtratsarbeit relevanten Informationen, die den Stadträten z.B. als mündliche Berichte in Sitzungen vorgetragen werden, werden zukünftig im Protokoll der betreffenden Sitzung oder als Protokollanhang nachvollziehbar reproduziert.*

*Auf der Sitzung nachgelieferte Informationen oder Vorlagen, die beispielsweise nur in Papierform verteilt wurden, werden ebenfalls nachträglich in Session eingestellt.*

2. *Mit Beginn der Wahlperiode 2009 wird die gesamte Arbeit des Stadtrats, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse vollständig über Session geführt und dort abgespeichert.*

*Ggf. schon erfolgte Sitzungen und deren Unterlagen werden, sofern hier keine vollständige Dokumentation im Sinne der Punkte 1) und 2) erfolgte, rückwirkend zum 01.07.2009 nachgetragen.*

3. *Die Informationen im Ratsinformationssystem Session werden in eine revisionssichere Form gebracht, so dass dieses System als Archiv genutzt werden kann.*

*Nach dem Beginn einer entsprechenden Sitzung dürfen Vorlagen und Dokumente zukünftig grundsätzlich nicht mehr gelöscht oder verändert werden.*

*Mindestens aber müssen rückwirkende Änderungen oder Löschungen den Nutzern angezeigt werden. Auch mit der Einladung verschickte, aber später zurückgezogene Vorlagen verbleiben im System. **Hier erfolgt dann eine entsprechende Kennzeichnung über den Status der Vorlage.***



*Substanzielle Veränderungen oder Nachträge zu Vorlagen in Session werden zukünftig als neue, zusätzliche Versionen eingestellt, so dass Änderungen oder Überarbeitungen nachvollziehbar werden (Versionskontrolle).*

4. Antworten der Stadtverwaltung auf Anfragen, Abstimmungsempfehlungen etc. werden zukünftig deutlich unterscheidbar formatiert in die ursprünglichen Dokumente aus den Fraktionen eingefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung  
Vorlage: V/2010/08560**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Frau Ewert, Frau Ute Haupt, Herr Wolter, Herr Kley, Herr Bartl, Herr Wehrich, Herr Dr. Bartsch, Herr Bönisch, Herr Beigeordneter Kogge** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte darüber, dass den Hauptausschussmitgliedern ein modifizierter Antrag der SPD-Fraktion vorliege.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach den Mitgliedern und Aufgaben der Kommission entsprechend des Beschlusspunktes 2.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass dies noch nicht endgültig geklärt sei. Sie könne sich vorstellen, dass neben der Verwaltung die Fraktionen und der Ausländerbeirat vertreten seien. Die Kommission könne beispielsweise bei der Formulierung von Ausschreibungen helfen, um mehr interkulturelle Kompetenz in die Verwaltung zu bringen. Sie sagte zu, dass der Hauptausschuss nach Zusammensetzung der Kommission über die Mitglieder und Aufgaben dieser informiert werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, ergänzte, dass bei Zustimmung des Antrages eine Prüfung erfolge, inwieweit die Verwaltung davon betroffen sei. In der Stadt Halle leben eine Vielzahl von Nationen, so dass beispielsweise darüber nachgedacht werden müsse, ob die digitalen Angebote auch in englischer Sprache ausgewiesen sein sollten oder städtische Mitarbeiter in Bezug auf den interkulturellen Hintergrund weitergebildet werden sollten.

**Herr Kley, FDP-Fraktion, und Herr Bartl, CDU-Fraktion**, konnten die Überlegungen des Antragstellers und der Verwaltung nicht nachvollziehen. **Herr Kley** fragte nach dem Ziel des Antrages. Seines Erachtens sollte versucht werden, die Migranten durch einen normalen Umgang miteinander zu integrieren. Des Weiteren habe er eine Analyse der bestehenden Probleme erwartet. Da aber anscheinend kein Problem vorliege, könne er den Sinn des Beschlussvorschlages nicht erkennen. Darüber hinaus sei der Antrag entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt zu betrachten.

**Herr Bartl** brachte zum Ausdruck, dass z. B. mit dem Ausländerbeirat die entsprechenden Gremien vorhanden und ausreichend seien und diese sich mit auftretenden Problemen beschäftigen. Aus diesem Grund sehe er nicht die Notwendigkeit zur Bildung der vorgeschlagenen Kommission.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an und gab bekannt, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, stimmte ausdrücklich den Ausführungen der Verwaltung zu, dass der Ausländerbeirat in der Kommission vertreten sein sollte. Dieser könne die Verwaltung in bestimmten Situationen beratend unterstützen.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, gab den Diskussionsverlauf im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wieder, in der auch Herr Dr. Diaby als Vorsitzender des Ausländerbeirates anwesend war. Er habe sehr ausführlich darauf hingewiesen, dass in der Stadt Halle hinsichtlich der Integration von Migranten bereits sehr viel getan werde, in einigen Dingen aber zielgerichteter und konsequenter gearbeitet werden müsse. Infolge der Ausführungen von Herrn Dr. Diaby habe der Ausschuss den Antrag als notwendig angesehen und diesem einstimmig zugestimmt.

Bei dem Antrag ginge es vor allen Dingen darum, effektiver an den vorhandenen Problemen zu arbeiten. Aufgrund dessen halte sie die Auswertung und Fortschreibung des Leitbildes für wichtig und bat um Zustimmung zum Antrag.

Darüber hinaus regte **Frau Haupt** an, die Mitglieder der Kommission zeitnah zu benennen, damit diese einberufen und arbeiten könne.

Anschließend wurde über die Formulierung der Beschlusspunkte diskutiert. **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, sah diese als problematisch an. Ein Außenstehender könne bei der Formulierung vermuten, dass die Stadt Halle erst jetzt beginne, sich mit der Thematik der interkulturellen Öffnung zu beschäftigen.

Im Ergebnis der Diskussion schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, den Punkt 2 wie folgt zu modifizieren und an den Punkt 1 anzufügen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Januar 2011 das Leitbild der kulturellen Vielfalt auszuwerten und dahin gehend fortzuschreiben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung besonders berücksichtigt wird. **Dabei sollte eine Arbeitsgruppe, in der u. a. der Ausländerbeirat mitarbeitet, beratend hinzugezogen werden.**

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, erklärte sich mit der Änderung einverstanden und übernahm diese.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, dass er durchaus dem Antrag in der ursprünglichen Fassung zustimmen könne. Seines Erachtens sollte jetzt aber nicht über die Details diskutiert werden, dies könne man in der Arbeitsgruppe analysieren.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der aufgeführt sei, dass die Stadt Halle bereits seit 2006 über ein Integrationsleitbild verfüge. Infolge dessen fragte er, ob in den vergangenen Jahren bereits eine Auswertung dieses stattgefunden habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass das Leitbild verwaltungsintern fortlaufend ausgewertet werde. Bevor eine öffentliche Auswertung stattfindet, müsse erst über einen längeren Zeitraum mit dem Leitbild gearbeitet werden, um Änderungen, Verbesserungen und Umsteuerungen vornehmen zu können.

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, fragte, ob in der Hauptausschusssitzung im Mai die Mitglieder der Arbeitsgruppe benannt werden können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagten dies zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**modifizierter Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Januar 2011 das Leitbild der kulturellen Vielfalt auszuwerten und dahin gehend fortzuschreiben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung besonders berücksichtigt wird. **Dabei sollte eine Arbeitsgruppe, in der u. a. der Ausländerbeirat mitarbeitet, beratend hinzugezogen werden.***

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt  
4 Enthaltungen**

---

**Anmerkung:**

Der ehemalige Beschlussvorschlag bestand aus folgenden 2 Punkten:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum *Januar 2011 das Leitbild der kulturellen Vielfalt auszuwerten und dahin gehend fortzuschreiben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung besonders berücksichtigt wird.*
2. *Es wird empfohlen, eine Kommission zur interkulturellen Öffnung zu bilden.*

Der Punkt 2 wurde modifiziert und an Punkt 1 angefügt.

**zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8      Mitteilungen**

**zu 8.1    Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte, ob die Fördermittelzusagen für alle Projekte vorliegen. Seinen Informationen zufolge gebe es im Bereich Schulbau zwar eine Zusage, dass die Projekte die Voraussetzungen für eine Förderung erfüllen, eine Bewilligung allerdings bisher nicht erfolgte.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, wies darauf hin, dass es sich dabei um Projekte aus dem EFRE-Programm handelt. Dort habe man für zwei weitere Projekte Förderzusagen erhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte hinsichtlich der Projekte aus dem Konjunkturprogramm II mit, dass sich die Kosten einiger Maßnahmen erhöht haben. Demzufolge wurden bei der Investitionsbank zusätzliche Mittel beantragt. Dies setze die Befürwortung der Kommunalaufsicht voraus.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, fügte hinzu, dass ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 12,5 % erbracht werden müsse. Durch die Beantragung zusätzlicher Mittel werde dieser bei einigen Maßnahmen nicht erreicht. Aufgrund dessen müsse man die Abstimmung zwischen dem Landesverwaltungsamt und dem Innenministerium abwarten. Er gehe davon aus, dass noch in dieser Woche über das Ergebnis der Beratung informiert werde.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte entsprechend einer mündlichen Anfrage im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 13.04.2010 über die Entwicklung der Betreuungszahlen in Kindertageseinrichtungen.

In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2010 sei eine größere Auslastung gegeben. Im März dieses Jahres habe man mit 14.305 belegten Plätzen eine geringe Überbelegung von 58 Kindern. In den letzten beiden Quartalen 2010 wäre allerdings eine geringere Auslastung zu erwarten, so dass über das gesamte Jahr gesehen die Einrichtungen gut ausgelastet seien.

Weiterhin wurde und werde der Rechtsanspruch der Eltern auf eine Kinderbetreuung gewährleistet. Es gebe keine der Stadtverwaltung bekannten anhängigen Klagen der Eltern über fehlende Betreuungsplätze zur Erfüllung ihres Rechtsanspruchs. Der Verwaltung seien lediglich Beschwerden bekannt. Diese beziehen sich auf fehlende Plätze in Wunscheinrichtungen. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung beziehe sich aber auf das gesamte Stadtgebiet und nicht auf einen Stadtteil.

Die Aufstellung des Bedarfsplanes, so **Herr Beigeordneter Kogge** weiter, erfolgte immer mit dem Gebot der Sparsamkeit und Effizienz. Es wurden und werden keine „leeren“ Plätze auf Vorrat geplant.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass diese Zahlen und die Auswirkungen auf den Haushalt entsprechend in den Haushaltsplan 2010 eingearbeitet und den Stadtratsmitgliedern bis zur Stadtratssitzung am 28.04.2010 zugesandt werden.

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, teilte mit, dass eine Verordnung zum Losverfahren für Gymnasien durch das Land vorliege. Anschließend erläuterte er den Inhalt der Verordnung und gab bekannt, dass nach diesem Verfahren werden müsse.

Infolge dessen werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in die Stadtratssitzung am 28.04.2010 einbringen, um eine Rechtsgrundlage laut Verordnung des Landes zu schaffen und so mögliche Klageverfahren zu verhindern.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass diese Thematik bereits auf der Tagesordnung für die kommende Stadtratssitzung stünde und die Vorlage den Stadtratsmitgliedern nachgereicht werde.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass hinsichtlich der Einhaltung der EU-Richtlinie zu den Immissionswerten ein Gesprächstermin bei Herrn Minister Aeikens gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Herrn Trümper, und der Stadt Halle stattfinden werde, um alternativ zur Einrichtung einer Umweltzone Maßnahmen zur maßgeblichen Reduzierung der Schadstoffbelastungen zu beraten.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, informierte, dass seine Fraktion in der kommenden Landtagsitzung einen Gesetzesentwurf einbringen werde, diese EU-Verordnung zu ändern und die Zuständigkeit für z. B. Luftreinhaltepläne auf die Kommunen zu übertragen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte hinsichtlich der Vorbereitung der Ausschreibung für den Weihnachtsmarkt 2010 die geplanten Änderungen der Verwaltung gegenüber den Vorjahren mit.

Der Weihnachtsmarkt soll entgegen der letzten Jahre nicht am Montag nach dem Totensonntag eröffnet werden, sondern am Freitag, dem 26.11.2010 vor dem 1. Advent. Weiterhin sei geplant, den Weihnachtsmarkt über den 23.12. hinaus für einige Händler bis zum 06.01.2011 auf der Westseite des Marktplatzes stattfinden zu lassen. Hier sei vor allen Dingen kinder- und familienfreundliche Stände vorgesehen, wie z. B. Eisbahn, Karussells, Märchenwald und damit verbunden Verpflegungs- und Glühweinstände. Den Händlern des Wochenmarktes könne für diese Zeit die Ostseite des Marktes angeboten werden. Dies sei nach ersten Gesprächen mit städtischen Händlern positiv aufgenommen worden.

Sollte kein Interesse der Händler des Weihnachtsmarktes auf Verlängerung bestehen, werde der Weihnachtsmarkt am 23.12. enden.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Weihrich** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erinnerte an den Antrag seiner Fraktion zu dieser Thematik in der letzten Stadtratssitzung:

„Bei der Vergabe der Plätze für den Weihnachtsmarkt in Halle werden in der Kategorie Glühwein- und Imbissstände auf der Ostseite des Marktplatzes nur Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen berücksichtigt.  
Auf der Westseite des Marktplatzes sollen während des Weihnachtsmarktes die hallesischen Partnerstädte sowie Unternehmen aus dem europäischen Ausland mit einem sichtbaren thematischen Bezug zu ihrem Herkunftsland besondere Berücksichtigung finden.“

Seitens der Verwaltung wurde zugesichert, dass eine solche Form der Vergabe bei der Ausschreibung zum diesjährigen Weihnachtsmarkt berücksichtigt werde. Er fragte, inwieweit diese Aussage noch zutreffe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sie der Intention des Antrages der FDP-Fraktion zustimme. Dazu sei allerdings eine Änderung der Marktordnung notwendig. Dies wäre aber erst nach Ausschreibung des Weihnachtsmarktes 2010 möglich. Aufgrund dessen werde der Beschlussvorschlag des Antrages der FDP-Fraktion berücksichtigt, soweit dies ausschreibungsrechtlich möglich sei.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachten zum Ausdruck, dass sie über die Details zu dieser Mitteilung zum jetzigen Zeitpunkt nicht diskutieren können. Dafür seien der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zuständig und aussagefähig.

**Herr Wehrich** bat um eine schriftliche Information seitens der Verwaltung zu den Änderungsvorschlägen zum Weihnachtsmarkt 2010, um sich damit ausführlich innerhalb der Fraktion verständigen zu können.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass darüber im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten informiert wurde, seinen Informationen zufolge aber die Mitglieder den Vorschlag zur Verlängerung des Weihnachtsmarktes abgelehnt haben.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete auf die Ausführungen von Herrn Bönisch, dass im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nicht deutlich gemacht wurde, dass sich die Verlängerung ausschließlich auf die Westseite des Marktplatzes beziehe. Aus diesem Grund habe sie dies in der heutigen Hauptausschusssitzung nochmals dargestellt.

Hinsichtlich der Bitte von Herrn Wehrich sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, die Schriftform der Ausschreibung für den Weihnachtsmarkt, die im Amtsblatt Anfang Mai 2010 erscheinen muss, im nächsten Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, regte in dem Zusammenhang an, neben dieser Information ebenso die Vertragsinterpretation mit dem Eisbahnbetreiber hinsichtlich der bisherigen Konditionen aufgrund der vorgesehenen Verlängerung darzustellen.

---

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, teilte in Bezug auf die steuerliche Behandlung zu den Aufwandsentschädigungen für Stadträte mit, dass ehrenamtliche Tätigkeit nach dem Umsatzsteuergesetz befreit sei. Nach dem Einkommenssteuergesetz habe man für die Tätigkeit als Stadtrat einen jährlichen Freibetrag von 2.676 €. Darüber hinaus gehende Beträge werden mit dem normalen persönlichen Steuersatz verrechnet.

Sonderregelungen gelten für den Stadtratsvorsitzenden sowie Fraktionsvorsitzende. Bei ihnen verdoppelt sich der jährliche Freibetrag.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte an, dass die dafür bei den Steuerberatungsgesellschaften vorliegenden Informationsblätter den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, informierte über die deutsch- und englischsprachige Broschüre „Fakten zum Wirtschaftsstandort Halle (Saale)“ und sagte zu, dass die Fraktionen jeweils ein Exemplar erhalten werden.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte im Zusammenhang mit der Bildung einer Arbeitsgruppe entsprechend des TOP 6.4 auf welcher Rechtsgrundlage diese arbeiten und Beschlussempfehlungen geben. Arbeitsgruppen seien nicht Bestandteil des Stadtrates und haben keine Geschäftsordnung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass dahin gehend eine entsprechende Überarbeitung vorgesehen sei. In dem Zusammenhang werde das Rechtsamt prüfen, inwieweit solche Arbeitsgruppen installiert werden können oder ob diese als Unterausschuss deklariert werden müssen.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Mitteilung des Beigeordneten Herrn Kogge zur Verordnung zum Losverfahren für Gymnasien. Er fragte, ob die Verwaltung mit der Einbringung der Beschlussvorlage noch eine Rechtswirksamkeit herstellen könne, da das Auswahlverfahren bereits angelaufen sei und der Beschluss erst nach Veröffentlichung wirksam werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, entgegnete, dass in Abstimmung mit dem Rechtsamt und dem Verwaltungsgericht der Beschluss Rechtswirksamkeit erlange, da keine Änderung des Losverfahrens, sondern lediglich eine andere Rechtsgrundlage beschlossen werde.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Mitteilung zum Konjunkturpaket II. Informationen der Schulleiterin der Kröllwitzschule zufolge werde für diese für die nächsten 4 Jahre eine Dreizügigkeit realisiert. Der Umbau werde allerdings als Zweizügigkeit vorgenommen. Er fragte inwieweit diese Information richtig sei.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass entsprechend des Schulnetzplanes eine Zweizügigkeit angesetzt wurde mit der Ausnahmemöglichkeit für eine zeitweise Dreizügigkeit. Eine Genehmigung für eine dauerhafte Dreizügigkeit wäre nicht möglich.

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach dem Sachstand Auslastung/Vermarktung kleines Thalia Theater und ob es hierfür einen potenzieller Käufer gebe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte sich zum Kooperationsvertrag Volkshochschule mit dem Saalekreis mit folgenden Fragen:

Wann erfolgt die Angleichung der Entgelte und in welche Richtung werden diese angeglichen?

Wie ist der Zeitplan hinsichtlich der Sondervereinbarung bezüglich des Verfahrens nach Postleitzahlen und was wird konkret dort geregelt?

Ist davon auszugehen, dass auch die haleschen Mitarbeiter nicht die Mitarbeiter des Saalekreises in den Einrichtungen vertreten oder ist dies nur umgekehrt so geplant?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass mit dem Kooperationsvertrag weiterhin zwei verschiedene Volkshochschulen existieren, aber nur eine Leitungsebene.

Hinsichtlich der Anpassung der Entgelte erklärte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass in einzelnen Sektoren sehr unterschiedliche Preise vorhanden seien. In einigen Bereichen werde mit dem Entgelt zurückgegangen, in anderen Bereichen werden diese erhöht.

Weiterhin soll mit diesem Vertrag für beide Seiten eine „Win-Win-Situation“ entstehen. Die gesonderte vertragliche Regelung betreffe die Frage der digitalen Auswertung der im Anmeldebogen vermerkten Postleitzahl. Er gehe davon aus, dass die Vereinbarung zwischen dem Saalekreis und der Stadt Halle in der kommenden Woche unterschrieben werden könne.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte nach der Regelung der Kosten und ob die Anpassung der Entgelte von den Postleitzahlen abhängig gemacht werde.

In Bezug auf die Frage zur Anpassung der Entgelte verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf seine Antwort zur Frage von Herrn Lange, dass in einigen Bereichen das Entgelt geringer und in anderen Bereichen erhöht werde.

Hinsichtlich der Kosten teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass die Stadt Halle auf Mietkosten verzichten werde und der Saalekreis im Gegenzug die Gehaltskosten für die Leitung der Volkshochschulen zahle.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass der Abschluss der Vereinbarung lediglich einen redaktionellen Hintergrund habe. Es ginge hierbei um die praktische Umsetzung. Darüber hinaus werden die Entgelte für die Angebote schrittweise angepasst.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte hinsichtlich widersprüchlicher Informationen bezüglich des Umzuges der Fraktionen in das Stadthaus, ob die Zusage der Oberbürgermeisterin bezüglich der Besichtigung in der Fraktionsvorsitzendenrunde weiterhin existent sei.

In der gestrigen Beratung habe Herr Bielecke, Leiter des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement (EB ZGM), ausgeführt, dass kein Bedarf an einer Besichtigung bestünde und die Verwaltung nach Lösungen suchen werde. **Herr Wehrich** machte deutlich, dass er mit dieser Verfahrensweise nicht einverstanden sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass ihre Zusage selbstverständlich auch weiterhin bestünde. Es wurde ein Termin festgelegt und bis zu diesem habe der EB ZGM die baulichen Möglichkeiten geprüft, inwieweit die von den Fraktionen vorgeschlagenen Änderungen vorgenommen werden können.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass er zu dem vorgeschlagenen Termin nicht anwesend sein könne. Eine Mitarbeiterin seiner Fraktion werde diesen Termin wahrnehmen und die Vorschläge der Verwaltung zur Kenntnis nehmen.



Weiterhin brachte **Herr Wolter** seinen Unmut zum Ausdruck, dass er der Verwaltung mehrere Termine vorgeschlagen habe und lediglich einer davon bestätigt wurde. Dieser wurde mit der Begründung zurückgezogen, dass kein Gesprächsbedarf vorhanden sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat die Fraktionen darum, den Besichtigungstermin wahrzunehmen und die Vorschläge der Verwaltung abzuwarten. Sollte danach weiterer Gesprächsbedarf bestehen, könne darüber diskutiert und bei Bedarf ein zweiter Besichtigungstermin festgelegt werden.

---

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich zu den Finanzbeständen der Fraktionen mit folgenden Fragen:

Haben alle Fraktionen ihre Finanzbestände sowohl nach Ende der Wahlperiode als auch nach Ende des Jahres 2009 zurückgeführt?

Gab es nach der Wahlperiode Restbestände bei den Fraktionen, die diese weiter genutzt haben?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass bis zum 30.04.2010 die Restbestände zurückgezahlt werden müssen. Sie sagte eine Prüfung zu.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Haushaltsplanung 2010 und fragte nach der weiteren Verfahrensweise mit dem Finanzplan zum Haushalt 2010. Entsprechend der Diskussionen in den letzten beiden Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sei er davon ausgegangen, dass die Verwaltung den Hauptausschussmitgliedern in der heutigen Sitzung den überarbeiteten Finanzplan mit korrekten Zahlen vorlege. Anderenfalls könne er der Vorlage zum Haushalt 2010 in der kommenden Stadtratssitzung nicht zustimmen.

Daraufhin entstand eine Diskussion zwischen **Herrn Bönisch, Herrn Beigeordneten Geier** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, erinnerte an die Absprachen und Festlegungen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und erläuterte diese nochmals. Dabei verwies er auf den § 98 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie auf den § 5 der Gemeindehaushaltsverordnung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fügte hinzu, dass die Verwaltung bezüglich des Abbaus Altdefizit im Juni 2010 eine Vorlage in den Stadtrat einbringen werde.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## zu 10 Anregungen

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 9. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

A. Kraft  
Protokollführerin

### **Anmerkung:**

Aufgrund der stattfindenden gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Halle (Saale) mit dem Kreisausschuss des Saalekreises konnte die nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses nicht durchgeführt werden. Der nicht öffentliche Teil wurde auf die nächste Hauptausschusssitzung im Mai verschoben.